



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der türkisch-griechische Conflict.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der türkisch-griechische Conflict.

Das Jahr schließt stürmisch im Wetter wie in der Politik: der kandiotsche Aufstand droht, nachdem er eben im Verlöschen war, zum Ausgangspunkt einer europäischen Verwicklung zu werden. Die Situation, aus welcher derselbe hervorgegangen, ist im Anfang des verflossenen Jahres in diesen Blättern ausführlich dargelegt (Die Lage im Orient, 1. Bd. S. 98. 156); was ihr den ernststen Charakter gibt, ist, daß die beiden Parteien, die zunächst im Spiele sind, bereits zu entschiedene Stellung genommen haben um noch mit Ehren zurückzukehren.

Das Märchen der Kreuzzeitung, wonach Graf Beust den ganzen Conflict angezettelt, verdient keine ernsthafte Widerlegung; von allem Anderen abgesehen sind Ali und Fuad Pascha keineswegs Leute, die sich von dem Reichskanzler als Puppen brauchen lassen. Die Sache erklärt sich vielmehr einfach so. Griechenland hatte während zweier Jahre im Widerspruch mit allem Völkerrecht eine Insurrection auf dem Gebiet der Pforte offen unterstützt und letztere hatte aus Rücksicht gegen die Schutzmächte unterlassen, darauf durch scharfe Mittel zu erwidern. Ganz kürzlich nun, da der Aufstand in Kandia fast zu Ende war, traten zwei bedeutsame Thatsachen ein. Es wurde erstens in Griechenland eine neue Expedition von Freiwilligen unter Petrophoulakos ganz offen ausgerüstet; der zuverlässige Times-Correspondent in Athen, M. Finlay, erzählt in seinem Briefe vom 10. December: „Ein großes Corps dieser Abenteurer, die im Voraus bezahlt und auf öffentliche Kosten ausgerüstet waren, aber Freiwillige genannt wurden, sammelte sich in Athen. Petrophoulakos, welcher im letzten Jahre an der Spitze einer Expedition nach Kreta stand, fuhr an dem Hause des ottomanischen Gesandten vorüber, umgeben von 150 seiner Freiwilligen in der neuen Uniform, während vom Kutschbock eine große Flagge geschwenkt ward.“ —

Die zweite Thatsache war, daß der griechische Pöbel die kandiotschen Flüchtlinge wiederholt an der Rückkehr nach Kreta verhinderte. Diese Unglücklichen hatten die Insel verlassen, weil sie dort zwischen Amboss und Hammer gewesen; schlossen sie sich dem Aufstande an, so wurden sie demgemäß von den Türken behandelt, blieben sie ruhig, so wurden sie von den Insurgenten als Vaterlandsverräther verfolgt: sie flüchteten deshalb auf den Schiffen der Schutzmächte nach Griechenland, geriethen dort aber natürlich, trotz der Unterstützung, welche sie erhielten, in großes Elend; es war sehr begreiflich, daß sie wünschten in ihre Heimath zurückzukehren, sobald es dort ruhiger geworden war, zumal auf Kandia die Olivenernte in diesem Herbst

besonders reich ausfiel. Aber dies paßte den griechischen Actionsmännern nicht, denn damit wäre die Sache aus gewesen.

Auf Megina z. B. wünschten mehrer hundert kretische Familien heimzukehren und der türkische Gesandte, an den sie sich deshalb gewandt hatten, stellte ihnen dafür einen Lloydampfer zur Verfügung. Als dieser jedoch im Hafen erschien, sammelte sich am Ufer eine zahlreiche Volksmenge, welche die Landung der Schiffsmannschaft und die Einschiffung der Flüchtlinge hinderte. Aber nicht nur das, sondern auch die Behörden der Insel weigerten sich, die Landung der Schiffsofficiere und der türkischen Consulatsbeamten und den Verkehr derselben mit den Kandioten zuzulassen. Der Dampfer mußte unverrichteter Dinge in den Piräus zurückkehren. Auf die Interpellation des türkischen Gesandten über solche offene Complicität der Behörden mußte der auswärtige Minister Herr Delihanni die Unfähigkeit der Regierung eingestehen, dem Willen der Nation Zügel anzulegen. Da hiezu nun eine große Demonstration des athenischen Pöbels vor dem Hause des Gesandten kam, so begreift sich leicht, daß der Pforte endlich die Geduld ausging, und sie beschloß ein Ultimatum an Griechenland zu richten. Die Sprache desselben ist allerdings scharf und einige der angedrohten Maßregeln, wie z. B. die Ausweisung aller hellenischen Unterthanen aus der Türkei, sind hart, aber einerseits werden sie auf Vorstellung der Mächte gehindert werden und andererseits muß man zugeben, daß schwerlich die elementarsten Regeln des Völkerrechts rücksichtsloser bei Seite gesetzt worden sind, als von Griechenland in diesem Falle. Den besten Beweis bietet die Note, durch welche das Ultimatum beantwortet d. h. abgelehnt wird. In diesem merkwürdigen Actenstücke sagt Herr Delihanni, was die Flüchtlinge betrifft, erkläre sich die Indignation des griechischen Volkes daraus, daß es in der Rückkehr derselben nur das Ergebnis eines versteckten Druckes (action occulte) von Seiten der ottomanischen Agenten und Consuln gesehen und nicht habe annehmen können, daß Leute, welche kamen um die Gastfreundschaft Griechenlands in Anspruch zu nehmen, sich freiwillig entschließen könnten in ihr Land zurückzukehren, wo der unglückliche Zustand fortwährend auf den Christen drücke.

Dann gibt der Minister zu, daß die Freiwilligen von früheren, zur Disposition gestellten Officieren der königlichen Armee geführt würden, sagt aber: „die griechische Regierung hatte keine Gewalt, Civil- oder Militärpersonen zu hindern als Private nach Kreta zu gehen, um dort zu sechten, sie kann nicht die Ausrüstung von Schiffen hindern, welche auf ihre eigne Gefahr hin fahren.“

Schwerlich ist Aehnliches von einer Regierung sonst schon ernsthaft vorgebracht: danach würde das Völkerrecht jede Freibeuterei oder Piraterie

sanctioniren; Preußen dürfte sich nicht beklagen, wenn der Welfenkönig an der mährischen Grenze ein Corps ausrüstete, Frankreich nicht, wenn die Legitimisten sich in Coblenz zu einem Einfall sammelten. Im Gegentheil ist die Ausrüstung von Freiwilligen und Schiffen zu Gunsten eines Feindes oder Aufstandes stets als casus belli behandelt worden, so lange man Völkerrecht kennt; es war daher nicht zu verwundern, daß die Pforte nach dieser Antwort die diplomatischen Beziehungen abbrach: es war das Einzige was ihr übrig blieb. Andererseits scheint die Aufregung in Athen auf einen Punkt gestiegen, daß Nachgeben keinem Ministerium möglich war und wohl den Sturz der Dynastie nach sich gezogen hätte.

Es fragt sich nur worauf die Griechen rechnen, indem sie die Miliz mobilisiren, die Häfen besetzen und die Feindseligkeiten zu eröffnen verlangen. Schwerlich können sie sich doch darüber täuschen, daß sie, sich selbst überlassen, den Türken nicht lange Widerstand leisten können: ihre reguläre Armee ist unbedeutend und unerprobt und wenn sie hoffen, daß die Rajah im Gebiet der Pforte sich für sie erheben werde, so steht ihnen eine gründliche Enttäuschung bevor; haben doch alle Actionscomités sich seit zwei Jahren vergeblich bemüht, in Thessalien und Epirus einen Aufstand hervorzurufen: die Thessaloten kennen von 1854 her die Segnungen eines griechischen Einfalles und sandten eine Deputation nach Constantinopel um sich Schutz zu erbitten. Es bleibt also als Stütze nur Rußland oder die Hoffnung eines allgemeinen europäischen Conflicts. Nun ist es allerdings eine sehr schwierige Sache für Rußland, einer Niederlage seines erklärten Schütlings passiv zuzusehen, weil seine orientalische Zukunftspolitik einen empfindlichen Schlag erleiden würde, wenn die orthodoxe Welt seine Ohnmacht erkennt dem Glaubensgenossen gegen den Halbmond zu helfen. Und doch ist Rußland nicht in der Lage activ zu interveniren, wenn es nicht entschlossen ist, die Sache auf einen allgemeinen Krieg ankommen zu lassen.

Alle Anzeichen deuten darauf, daß England, Frankreich und Oestreich, die 1856 den Sonderbund des Mißtrauens schlossen, durch den jeder Angriff auf die Integrität der Pforte als Kriegsfall hingestellt ward, auch jetzt im Orient zusammengehen. Was Frankreich und Oestreich betrifft, so datirt ihre gemeinsame östliche Politik von der salzburger Zusammenkunft, wo G. Beust jede Action gegen Deutschland ablehnen zu müssen glaubte, weil Oestreich dazu nicht fähig sei, aber auf den Orient und Rußlands Propaganda hinwies, welche den Bestand des Kaiserstaats in Frage stelle. Von da an erhielt bei Napoleon, dessen Bemühungen Rußland gegen Preußen zu gewinnen so ganz fruchtlos geblieben waren, die frühere türkenfreundliche Richtung wieder das Uebergewicht und es ist keineswegs zufällig oder ohne Bedeutung, daß in dem Augenblick, wo die Dinge in der Levante eine acute

Wendung zu nehmen scheinen, der Marquis de Lavalette in Paris an Moustier's Stelle tritt. Letzterer kennt zwar die orientalischen Dinge auch genau und stand für sich immer auf Seiten der Pforte, aber er war verbraucht und hatte sich durch sein zu entzündbares Herz in Paris in ähnliche unangenehme persönliche Beziehungen verstricken lassen wie es in Berlin und Wien der Fall gewesen, sein Abgang stand daher schon seit einiger Zeit fest.

Aber die Wahl des Nachfolgers ist bezeichnend. Man sagt wohl, die Minister bedeuteten unter dem persönlichen Regiment Nichts; aber dies ist nur insofern wahr, als sie nicht in Folge von parlamentarischen Niederlagen wechseln, sondern nach Gutdünken des Kaisers. Der Wechsel selbst erfolgt doch jedesmal mit genauer Berücksichtigung der Persönlichkeiten. Nach der Niederlage der französischen Politik von 1866 war für die Zeit der Sammlung und Vorbereitung eine neutrale Persönlichkeit im auswärtigen Amte geboten. Diese fand sich in Moustier, der bei seiner clericalen Richtung durch die Wendung, welche die römische Frage im Herbst 1867 nahm, sich neu befestigte und seinen Kollegen Lavalette, welcher um sein Portefeuille warb, zum Weichen zwang. Jetzt tritt dieser an seine Stelle und man wird wohl thun, sich zu erinnern, welche prononcirte Rolle Lord Stratford im Anfang der orientalischen Wirren 1852 als Botschafter in Constantinopel spielte. Es klingt kaum sehr beruhigend, wenn das Blatt, welches für am meisten inspirirt über die auswärtige Politik gelten darf, die France, Lavalette's Aufgabe dahin präcisirt, nicht ausschließlich die Fortdauer des Friedens zu sichern, sondern auch die Bedingungen zu einem dauernden und festen Frieden zu schaffen. Worte von einer verdächtigen Elasticität.

Mit diesem Ministerwechsel trifft der in Downing Street zusammen. Daß Lord Clarendon nicht gesonnen ist, die viel gepriesene und wenig bewährte Stanley'sche Politik der Nichtintervention um jeden Preis einfach fortzusetzen, beweist schon der ganz geänderte Ton der Regierungspresse, die zwar gegen einen zweiten Krimkrieg protestirt, aber eben so nachdrücklich erklärt, daß die Flotten der Westmächte Rußland nicht gestatten würden, zu Gunsten Griechenlands zu interveniren. Lord Stanley hat seinem Nachfolger ein böses Vermächtniß durch seine Rede in Kings Lynn hinterlassen, welche in seiner Stellung als Wink für die Feinde der Pforte ausgelegt werden mußte, daß England einem Angriff auf dieselbe ruhig zusehen würde. Lord Clarendon wird diese Erbschaft, trotzdem Bright jetzt sein College ist, cum beneficio inventarii antreten und sich erinnern, daß für den Orient die französische Allianz sich als die sicherste Stütze der englischen Politik bewährt hat; grade auf diesem Gebiet dürften die persönlichen Beziehungen wichtig werden, welche er mit Napoleon hat und die vom Krimkrieg datiren.

Keiner Großmacht konnte diese Verwicklung ungelegener kommen

als Preußen: es hat kein directes Interesse bei derselben und ist doch gezwungen eine Stellung zu der Frage zu nehmen. Dann aber kommt das berliner Cabinet in Gefahr, es mit einem der beiden einzigen Bundesgenossen, auf die es gegen Frankreich rechnen kann, zu verderben, nämlich mit England oder Rußland. Läßt sich die Krisis nicht beschwören, so wird man in Petersburg verlangen, daß Preußen sich erkenntlich zeige für Dienste, welche ihm Rußland seit 1864 geleistet; nimmt es aber Rußlands Partei, so verfeindet es sich ziemlich sicher mit England. Man darf daher annehmen, daß vorläufig keine Regierung ernstlicher bestrebt ist den Conflict zu beseitigen, als die preußische, und ihrem Einfluß wird auch wohl die correcte Haltung zuzuschreiben sein, welche das neue rumänische Ministerium beobachtet. Sollte die orientalische Frage aber nicht sofort beseitigt werden, dann würde sie für Preußen eine andere Bedeutung erhalten, und zwar die einer Brücke, auf welcher das Cabinet sich vorsichtig von Osten nach Westen bewegt, um das lästige und zuweilen bereits demüthigende Zusammenwirken mit Rußland gegen ein aufrichtiges Einverständnis mit den Westmächten zu vertauschen — sobald nämlich die Stimmung in Frankreich ein solches erlaubt. Zu solchem Wechsel aber wird eine starke Steigerung des Conflictes nöthig.

Zunächst bleibt es fraglich, ob eine Conferenz noch möglich ist. Schwerlich kann eine Basis der Verhandlung gefunden werden, welche Griechenland und die Pforte anzunehmen geneigt wären.

Berryer.

Mit Berryer ist der bedeutendste Redner Frankreichs seit Mirabeau zu Grabe gegangen; aber er war mehr als das: er war ein Charakter, der unerschütterlich im allgemeinen Wechsel seinen Ueberzeugungen treu blieb, er war von Anfang an und bewährte sich bis zu seinem Ende als liberaler Legitimist. Ein solcher Mann war unter dem Geschlecht, dessen Mehrzahl nur nach dem Winde ausschaut um seinen Mantel danach zu hängen, namentlich in Frankreich eine seltene Erscheinung und verdient, daß man einen kurzen Blick auf sein Leben werfe.

Peter Anton Berryer war 1790 als ältester Sohn eines ausgezeichneten Advocaten, dessen Familie von deutschem Ursprung sein soll, geboren. Im Collège von Juilly erzogen, zeichnete er sich während seiner Studien wenig aus; erst die Liebe weckte seinen Ehrgeiz, als er 21 Jahr alt ein 16jähriges Mädchen, Frä. Gauthier, heirathete; er warf sich nun mit Eifer in die Laufbahn des Parquets und gewann bald einen bedeutenden Ruf. Anfangs Be-